

**14. Europaministerkonferenz in Potsdam
(10./11.10.1996)**

Beschluß

TOP 6.2. Heranführung der MOE-Staaten an die EU im Bereich Innen und Justiz

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den beiliegenden Bericht der Länder Berlin und Sachsen zur Heranführung der MOE-Staaten an die EU im Bereich Innen und Justiz zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und -senatoren unterstreichen die herausgehobene Bedeutung von Innen und Justiz für die Beitrittsvorbereitung. Sie betonen in diesem Zusammenhang, daß die zügige und umfassende Rechtsangleichung im Innen- und Justizbereich eine wesentliche Voraussetzung ist, um den kontinuierlichen Zuwachs an international organisierter und grenzüberschreitend operierender Kriminalität gemeinsam erfolgreich zu bekämpfen. Die Europaminister- und senatoren begrüßen deshalb die Aufnahme des strukturierten Dialogs in verschiedenen EU-Gremien. Insbesondere begrüßen sie das breite bilaterale Engagement von Bund und Ländern bei der beitragsvorbereitenden Zusammenarbeit mit den MOE-Staaten in Innen- und Justizangelegenheiten.
3. Für die Beitrittsvorbereitung sind Anstrengungen für den Bereich "Innen und Justiz" ebenso erforderlich wie für den Binnenmarkt. Deshalb fordern die Europaminister und -senatoren die Kommission auf, den gemeinschaftlichen Besitzstand in diesem Bereich umgehend zu definieren, sowie bi- und multinationalen Unterstützungsmaßnahmen zu koordinieren und Ergänzungen anzuregen.
4. Dazu gehört, daß die Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens ihrerseits die Anforderungen definieren müssen, die über den gemeinschaftlichen Besitzstand hinausgehen und erfüllt sein müssen, damit möglichst zeitnah mit dem EU-Beitritt MOE-Staaten auch an dieser Zusammenarbeit teilnehmen können. Die Europaminister und -senatoren fordern Bund und Länder auf, entsprechende Initiativen bei der Kommission und gegenüber den anderen Schengen-Staaten zu ergreifen.
5. Die Europaminister und -senatoren bedauern, daß es bisher nur in geringem Umfang gelungen ist, die in der Berliner Erklärung vom September 1994 gemachten Vorschläge bezüglich der gemeinsamen Kriminalitätsbekämpfung in die Praxis umzusetzen. Sie setzen

sich nachdrücklich dafür ein, daß die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft die Eigenanstrengungen der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten (u.a. hinsichtlich der Erlangung der EU-Datenschutzstandards) aktiv unterstützen.

6. Die Europaminister und -senatoren nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß bisher nur vereinzelt Projekte im Rahmen der dritten Säule durch PHARE finanziert werden. Angesichts der Vorreiterfunktion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit setzen sie sich dafür ein, daß auch grenzüberschreitende Maßnahmen im Rahmen der dritten Säule in größerem Umfang über die Programme PHARE/Cross Border Cooperation und INTERREG II finanziert werden können.
7. Die Europaminister und -senatoren bitten die hierfür zuständige Innenministerkonferenz, alles zu unternehmen, damit die MOE-Staaten im Bereich Inneres und Justiz so schnell und wirksam wie möglich an die Normen innerhalb der EU herangeführt werden.